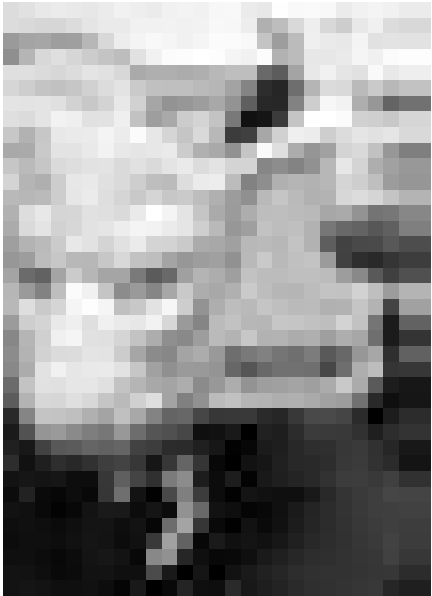


GENTPATENTIERUNG

Verzögerung "sans gêne"

Wiederum vertagt der parlamentarische Ethikausschuss den Antrag auf Neuverhandlung der umstrittenen Patentierungsdirektive. Der Verdacht systematischer Aufschiebung ethischen Outings erhärtet sich.



(roga) - Das Zweckbündnis gegen die Umsetzung der umstrittenen EU-Direktive zur Patentierung von biotechnologischen "Erfindungen" begreift ein recht breites Spektrum. Die Grünen waren die ersten, die nach der Entdeckung der eingeschleusten Paragraphen durch Greenpeace, das Thema aufwarfen und verhinderten, dass die Direktive über die Hintertür eines ansonsten unverfänglichen Gesetzes umgesetzt wurde. Seitdem bleibt das Thema aktuell. Zahllose Artikel, eine Mailaktion und eine erfolgreiche Unterschriftensammlung von Greenpeace, Seminare und Aktionen von NGO, tiefschürfende Beiträge im "Luxemburger Wort" begleiten seit über einem Jahr die unzähligen Sitzungen des parlamentarischen Ausschusses.

Das Patentamt lädt zur Gehirnwäsche

Dass es sich das Münchener Patentamt gleich zehn Erste-Klasse-Flüge mit fürstlicher Übernachtung kosten ließ, um die Luxemburger ParlamentarierInnen von ihrer ethisch besetzten Patentierungsarbeit zu überzeugen, spricht Bände über die Wichtigkeit, die das Amt der 5000 Patentsachbearbeiter der Umsetzung durch die EU-Länder beimisst. Das Amt ist zwar lediglich technischer Ausführender von politischen Richtlinien der Mitgliedsländer, doch so ganz unbeteiligt an der politischen Marschrichtung sind die vermeintlichen Technokraten nicht. SpezialistInnen in der komplexen Materie gibt es in Europa nicht zuhauf. In Luxemburg konzentriert sich die geballte Kompetenz auf einen Regierungsbeamten. Der wissensreiche und umtriebige Berater im Wirtschaftsministerium war schon unter Minister Goebbels federführend an der zweiten Version im EU-Ministerrat beteiligt, schrieb den Text für Minister Grethens Gesetz, berät das

Luxemburger Parlament ... - und sitzt gleichzeitig im Verwaltungsrat des Europäischen Patentamtes. Ja, er ist dort sogar für den Jahresetat zuständig, was ihm uneingeschränkte Popularität bei den Direktoren garantiert. Dass eine solche Konzentration von verschiedenen Zuständigkeiten auf eine Person, wie integer sie auch immer sein mag, ethischen Korrekturen eines auf multinationale Konzerne zugeschnittenen Handlungsrahmens nicht gerade förderlich ist, liegt auf der Hand.

Zwar wurden die Fronten zwischen deklarierten Gegnern der Patentierung von Lebewesen und den sich meist nicht offenbarenden heimlichen Befürwortern in München nicht aufgeweicht. Doch brachte die Argumentation der Technokraten die LSAP immerhin dahin, sich nicht mehr der vorübergehenden Umsetzung der "schlechten" Direktive in Luxemburger Recht zu widersetzen. Sie wollen lediglich die kosmetischen Änderungen von Patrick Santer verfeinern, die das Stoffpatent nicht aufheben, sondern lediglich präzisieren, ohne an der Essenz der Direktive etwas zu ändern. Ohnehin würde sich durch eine fehlende, eine vollständige oder eine partielle Umsetzung in Luxemburger Recht an der Praxis des Patentamtes rein gar nichts ändern.

Ethische Mutanten

In der Ausschusssitzung vom letzten Dienstag kam es zum Eklat, als auf einmal nicht mehr die Rede war von dem bereits am 15. Juli vorgelegten Antrag auf Neuverhandlung von Mady Delvaux, sondern von der Umsetzung der EU-Direktive mit oder ohne kosmetische Manipulation - mit dem hehren Antrag als schmückendes Beiwerk zur Beruhigung des schlechten Gewissens. Eine gar erstaunliche gen-ethische Mutation, hatte die Kommission doch im November eindeutig festgehalten, der Antrag würde in der ersten Sitzungswoche im Januar dem Plenum des Parlamentes vorgelegt. Bis Anfang Dezember hatte Mady Delvaux die Argumentation zur Stützung des Antrags verfeinert. Außerdem lag ein Vorschlag von Anwalt Marc Elvinger vor, den Ausschluss von Stoffpatenten vom Menschen auf Tiere und Pflanzen auszudehnen. Dieses Ansinnen trägt unter anderem den Ängsten der Bauern in der Dritten Welt Rechnung, wird aber auch von den Spezialisten des Patentamtes befür-

wortet, die daran erinnerten, dass 97% der Gene von Menschen und Schimpansen übereinstimmen und es damit unlogisch sei, nur Teile des menschlichen Körpers von der Stoffpatentierung auszuschließen.

Warten auf Godot CNE

Letztes Argument der Verzögererriege ist das seit Monaten anhängige Gutachten der "Commission Nationale d'Ethique". Aus einem Symposium, das dieses Gremium vor einem Jahr im "Cercle municipal" organisiert hatte, ging ziemlich eindeutig hervor, dass ein eher negatives Gutachten zur Direktive zu erwarten ist. Der Philosophielehrer Paul Kremer stand damals allein auf weiter Flur, als er die Gentechnologie und die Patentierung undifferenziert verteidigte. Das mutete umso kurioser an, als sämtliche luxemburgischen Forscher, die zum Teil von ausländischen Instituten angereist waren, sich gegen die derzeitige Version der Direktive aussprachen.

Sollte sich nicht doch noch ein fragwürdiges Argument finden lassen, so werden sich die Verzögerer wohl oder übel mit einem Votum des Antrags von Mady Delvaux abfinden müssen. Immerhin hatten sowohl Juncker als auch Grethen sich recht weit aus dem Fenster gelehnt. Ersterer sprach sich vollmundig gegen die Patentierung von Lebewesen aus, während der Wirtschaftsminister - trotz deklariertem Willen zur Förderung der Biotech-Industrie - den ParlamentarierInnen Gewissensfreiheit ohne Fraktionszwang ans Herz legte.

Umsetzung hin oder her, Luxemburg ist zur Zeit kein attraktiver Standort für Biotechnologie. Während seit 1997 noch kein einziger Betreiber Interesse an einer Autorisierung von Freilandversuchen gezeigt hat, liegen bis dato lediglich vier Anträge auf Forschungsvorhaben im Labor vor. Und die stammen ausnahmslos von öffentlichen Instituten, in denen die ForscherInnen die Patentierungsdirektive als innovationshemmend ablehnen. Eine Nicht-Umsetzung der Direktive würde den nützlichen Teil der Genforschung also eher fördern als bremsen. Doch vielleicht geht es hier um gänzlich andere Interessen als die der öffentlichen Forschung im Dienste der modernen Medizin. Die Profitmaximierung von Pharmakonzernen zum Schaden der Sozialmedizin lässt grüßen. Wo bleibt da die ansonsten geharnischte Reaktion der Ärzteschaft? Diese, ähnlich wie die gleichfalls betroffenen Vertreter der Landwirtschaft, hüllen sich, anders als etwa in Deutschland, in abwartendes Schweigen.

kommentar

Le vent de la réforme?

Une nouvelle étape dans l'ouverture de la fonction publique aux non-Luxembourgeois. Une ouverture timide, trop timide ...

Le vent de la réforme souffle-t-il du côté de la fonction publique? A en juger par le volume du projet de loi 4891, qui vient d'être déposé, on pourrait le croire. Ce texte doit modifier le statut des fonctionnaires de l'Etat et en particulier, l'"ouverture aux citoyens de l'Union" de cette même fonction publique. Les auteurs du projet précisent bien qu'il n'y a eu action du gouvernement qu'après avoir "été condamnée [par la Cour de Justice des Communautés Européennes (CJCE)] à ouvrir la fonction publique et que la loi de 1999 [trois ans après l'arrêt!] reflète [la] position restrictive". Alors, y a-t-il eu un changement de cap dans le sens d'une politique d'intégration?

Il est vrai que la clause de résidence pour fonctionnaires a été assouplie et que les services prêtés dans une institution d'un autre Etat membre seront comptabilisées pour le calcul de l'ancienneté de service.

Mais dans les secteurs ouverts aux citoyens de l'Union, le gouvernement réserve certains emplois aux nationaux: ceux "comportant une participation directe ou indirecte à l'exercice de la puissance publique et aux fonctions qui ont pour objet la sauvegarde des intérêts généraux de l'Etat (...)". Ainsi, afin de préserver l'enseignement de toute trahison de secret d'Etat, les directeurs de lycées et leurs adjoints, les enseignants détachés auprès des deux ministères et l'ensemble des chargés de mission du SCRIPT doivent être Luxembourgeois. De même la menace qui pèse sur la Poste doit être écartée: pas moins de 44 emplois du management resteront en mains nationales.

La condition de nationalité étant tombée, reste l'exigence de la connaissance des trois langues administratives. A priori cela fait sens, mais tout dépend du type d'emploi. Le législateur, le lobby des fonctionnaires dans le dos, est resté prudent. Il énumère les postes où la connaissance des trois langues ne sera pas nécessaire. Il s'agit d'enseignants de l'ISERP, de l'IEES, de chargés de cours de langue, de chargés d'éducation, de collaborateurs scientifiques du SCRIPT, d'informaticiens du CTE. En se limitant à un tiers du réservoir de main-d'oeuvre du pays pour couvrir ses besoins, l'Etat se prive a priori de nombreuses compétences. Il continue à dispenser son offre d'intégration en doses homéopathiques. La contradiction entre les beaux discours et la politique de la chasse gardée pour l'électorat autochtone a la vie dure.

Serge Kollwelter est président de l'ASTI

Décke Gas!

Zum Autofestival ein Blick auf den Erdgasmotor und andere alternative Antriebsarten.



Virenbefall

Zwar ist die woxx immer noch keine reiche Klitsche, doch leisten wir uns redaktionsintern den Luxus nicht mit Billigst-PC aus dem Kaufhaus zu arbeiten, sondern geben dem Konkurrenzprodukt mit Obstnamen den Vorzug. Nur in der Buchhaltung kommt eine Windose zum Einsatz. Auch wenn über Vorteile und Nachteile beider Systeme heftig gestritten wird (je nachdem, welche Maschine wieder einmal abgestürzt ist), so sind wir zumindest gegen die grassierende Computer-Virenpest etwas besser gefeit: 99 Prozent der Computerviren sind auf Bill Gates und seine Ableger spezialisiert. Ganz frei von Virensorgen sind wir allerdings nicht. Manche unserer windowsbestückten MailpartnerInnen, deren Maschine verseucht wurden, müllen unsere Mailbox gleich dutzendweise mit für uns ungefährlichen dafür aber downloadzeitraubenden "attachments" zu. Fast noch lästiger sind die vielen gutgemeinten Virenwarnungen. Diese erreichen uns, dank Schneeballeffekt, innerhalb weniger Minuten gleich mehrfach und blockieren unser Mailsystem nicht minder als die Viren selbst.



woxx - déi aner wochenzeitung / l'autre hebdomadaire, früher: GréngeSpoun - wochenzeitung fir eng ekologesch a sozial alternativ - gegründet 1988 - erscheint jeden Freitag • Herausgeberin: woxx soc. coop. • Redaktion: Karin Enser (karin.enser@woxx.lu), Robert Garcia (robert.garcia@woxx.lu), Léa Graf (lea.graf@woxx.lu), Richard Graf (richard.graf@woxx.lu), Germain Kerschen (germain.kerschen@woxx.lu), Raymond Klein (raymond.klein@woxx.lu), Ines Kurschat (ines.kurschat@woxx.lu), Muriel Prieur (muriel.prieur@woxx.lu), Bibine Schulze (bibine.schulze@woxx.lu), Armand Turpel (armand.turpel@woxx.lu), Renée Wagener (renee.wagener@woxx.lu), Danièle Weber (daniele.weber@woxx.lu) • Karikaturen: Guy W. Stoos • Fotos: Christian Mosar • Verwaltung: Monique Ludovicy (monique.ludovicy@woxx.lu) • Bürozeiten: Mo. - Fr. 9 bis 12 und 13 bis 16 Uhr. Unterzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor. • Druck: Imprimerie COPE, Luxemburg • Einzelpreis: 1,49 € / 60,- LUF • Abonnements: 52 Nummern kosten 59,49 € (Ausland zzgl. 22,31 €); StudentInnen und Erwerbslose erhalten eine Ermäßigung von 24,79 €. • Postscheckkonto: CCPL 102654-28 (Neu-Abos bitte mit dem Vermerk "Neu-Abo"; ansonsten Abo-Nummer angeben, falls zur Hand) • Anzeigen: Espace Régie Luxembourg s.a. - Tel.: 26 25 75 -1 Fax: 26 25 75-75 • Recherchefonds: Spenden zur Unterstützung des weiteren Ausbaus des Projektes auf das Konto CCPL 24495-51 der "Solidaritéit mam GréngeSpoun asbl" sind stets erwünscht. Bitte keine Abo-Gelder auf dieses Konto. • Post-Anschrift: woxx, b.p. 684, L-2016 Luxembourg • Büros: 51, ave de la Liberté (2. Stock), Luxembourg • E-mail: woxx@woxx.lu • Site: www.woxx.lu • Tel.: (00-352) 29 79 99-0 • Fax: 29 79 79.